

**Bündnis gegen
Homophobie**

BÜNDNISREPORT 2011

Themenschwerpunkte:

- Homosexualität und Religion**
- Akzeptanz von Regenbogen- und Pflegefamilien**

Bericht des BÜNDNISSES GEGEN HOMOPHOBIE
zum Stand der Homosexuellenfeindlichkeit in Berlin



Bündnis gegen
Homophobie

„ICH BIN LESBISCH. UND BERLIN STEHT HINTER MIR!“

Berliner Unternehmen und Organisationen unterstützen das Bündnis gegen Homophobie.
Für die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen.

www.stopp-homophobie.de

INHALT

1. VORWORT

DER SENATORIN FÜR ARBEIT, INTEGRATION UND FRAUEN

2. HOMOPHOBIE 2011

ÜBERBLICK ÜBER HOMOPHOBE GEWALTTATEN IN BERLIN

CHRISTIAN STEIOF, DIREKTOR DES LANDESKRIMINALAMTES BERLIN

3. HOMOSEXUALITÄT UND RELIGION

3.1. HOMOSEXUALITÄT UND RELIGION AUS SICHT DES LESBEN- UND SCHWULEN-VERBANDES

JÖRG STEINERT, GESCHÄFTSFÜHRER DES LSVD BERLIN-BRANDENBURG E.V.

3.2. HOMOSEXUALITÄT UND DIE EVANGELISCHE KIRCHE

CARSTEN BOLZ,

SUPERINTENDENT EVANGELISCHE KIRCHE BERLIN-CHARLOTTENBURG

3.3. HOMOSEXUALITÄT UND ISLAM

IBRAHIM GÜLNAR, ISLAMWISSENSCHAFTLER STIFTUNG SPI

4. AKZEPTANZ VON REGENBOGEN- UND PFLEGEFAMILIEN

4.1. REGENBOGEN- UND PFLEGEFAMILIEN

IM GESELLSCHAFTLICHEN UND RECHTLICHEN RAHMEN

BARBARA KÖNIG, GESCHÄFTSFÜHRERIN ZUKUNFTSFORM FAMILIE E.V.

5.2. REGENBOGENFAMILIEN IN DER PRAXIS

CONSTANZE KÖRNER, LEITERIN DER REGENBOGENFAMILIEN

BEIM LSVD BERLIN-BRANDENBURG E.V

6. RESPEKTPREIS 2011

7. IMPRESSUM

RESPE

TOLER

UND

OFFEN

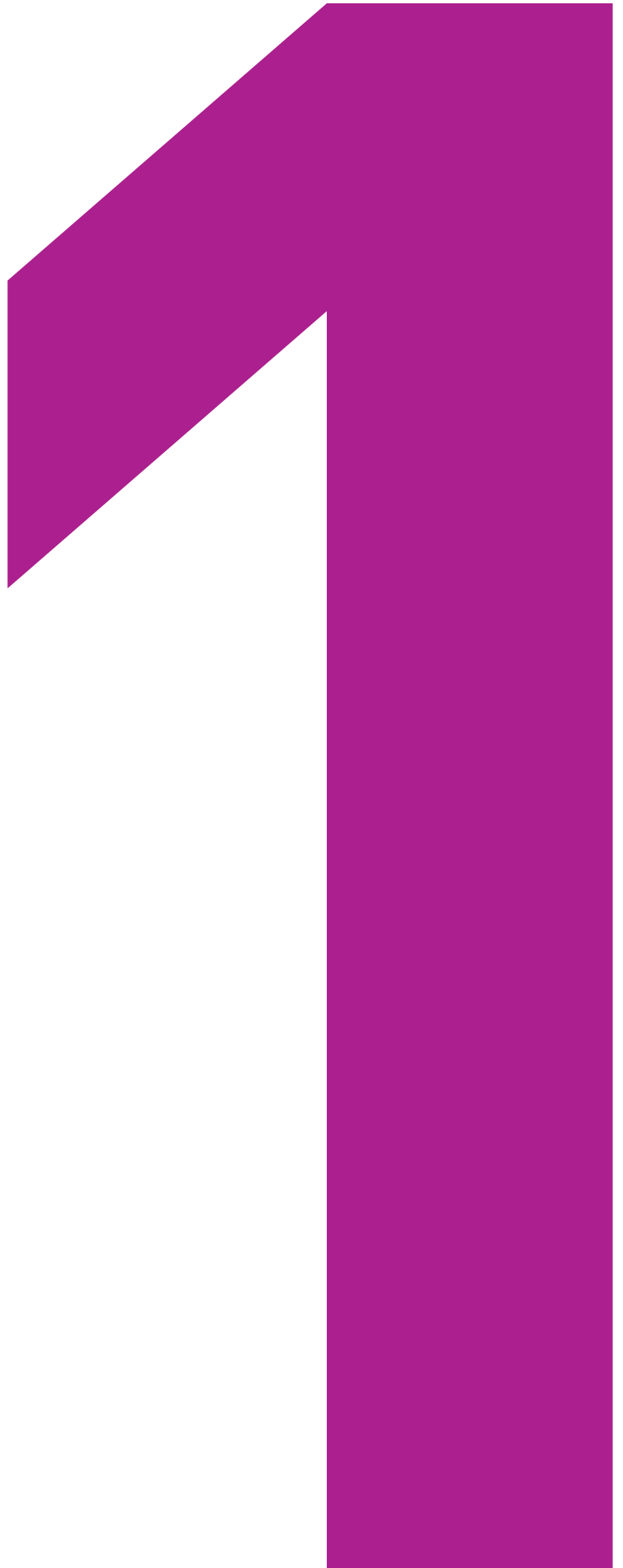
RESPEKT, TOLERANZ

„Als in Berlin ansässiges Unternehmen setzen wir uns dafür ein, dass sich das Image unserer Stadt als weltoffene, vielfältige, tolerante und friedliche Metropole ebenso im Alltag widerspiegelt. Ausgrenzung, Diskriminierung oder Gewalt gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität, ihrer Hautfarbe, ihrer Religionszugehörigkeit oder ihres Geschlechts dürfen in Berlin keinen Platz haben.

Respekt, Toleranz und Offenheit: Die Wall AG engagiert sich im Bündnis gegen Homophobie, damit diese drei Wörter unverrückbar mit dem Namen unserer Stadt und mit dem Umgang der Berliner untereinander in Verbindung stehen.“

DANIEL WALL, VORSTANDSVORSITZENDER DER WALL AG

OFFENHEIT.



1. VORWORT



Berlin zeichnet sich durch seine Vielfalt aus. So leben Menschen aus 189 Staaten in unserer Stadt und schätzungsweise 250 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind hier aktiv. Auch lebt in Berlin eine der größten Communities von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie transgeschlechtlichen Menschen in Europa. Markenzeichen unserer Stadt ist neben ihrer Vielfalt auch ihre Weltoffenheit.

Wenngleich wir bereits große Fortschritte in Sachen Gleichbehandlung und Akzeptanz sexueller Vielfalt erzielt haben, kommt es auch in Berlin noch zu Gewalt und Diskriminierungen gegen Lesben und Schwule. Und auch über Sachbeschädigungen an das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen wird berichtet. All dies kann eine weltoffene Metropole nicht tolerieren.

Das Bündnis gegen Homophobie, das im Jahr 2008 vom Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg initiiert wurde und nun im Auftrag unserer Landesantidiskriminierungsstelle weiter von ihm fortgeführt wird, weist in der Zwischenzeit bereits 38 Unternehmen, Organisationen und Verbände aus den Bereichen Sport, Kultur, Religion und Wirtschaft vor. Es ist ein breites, gesellschaftliches Bündnis, das sich aktiv und mit seinem ganzen gesellschaftlichen Gewicht Homophobie entgegen stellt. Es setzt ein klares Zeichen dafür, dass Vielfalt und insbesondere die sexuelle Vielfalt zu unserer Stadt gehören.

Der nun erschienene, zweite Bündnisreport stellt die Themen Religion und Familie in ihrer Vielfalt in den Vordergrund. So freut es mich auch besonders, dass der diesjährige Respektpreis unter dem Motto „Akzeptanz für Regenbogen- und Pflegefamilien“ stand und das Bündnis als diesjährige Preisträgerin des Respektpreises die PiK Pflegekinder im Kiez gGmbH ausgewählt hat.

DILEK KOLAT
SENATORIN FÜR ARBEIT, INTEGRATION UND FRAUEN

NOR

MMAL

Schul oder lesbisch zu sein ist nicht die Regel, aber normal. Wer dies anders sieht, ist rückständig. Diese Rückständigkeit hat vielfache Ursachen. Kulturkreis, Erziehung, Bildung, um nur einige zu nennen. Die Bekämpfung von Homophobie muss daher an vielen Stellschrauben ansetzen und jeder von uns muss mit seinen Möglichkeiten Aufklärung betreiben. Ein erster Schritt ist, dass sich aufgeklärte Menschen in ihrem Umfeld klar und eindeutig gegen Homophobie bekennen. Dazu gehört, sich resolut gegen diskriminierende Äußerungen über Schwule (oder andere Minderheiten) in seinem Beisein zu verwehren und gegebenenfalls auch Beziehungen abubrechen. Mit der Logik von John F. Kennedy würde ich heute sagen: "Ich bin ein Schwuler." Heißt: Jeder verbale oder tätliche Angriff auf einen homosexuellen Menschen ist unabhängig von meiner eigenen Orientierung auch ein Angriff auf das, was ich mir für dieses Land an Toleranz und Bewusstsein erwarte.

Der Friedrichstadtpalast ist mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus 20 Nationen und Menschen jeder sexuellen Orientierung offen, modern und tolerant. Unsere Gäste sollen das auch sein. Das Eintrittsgeld von Rechtsextremen, Schwulenhassern und anderen unaufgeklärten Charakteren wollen wir wirklich nicht haben. Bleibt zu Hause und bildet Euch weiter.

DR. BERNDT SCHMIDT, INTENDANT



2. HOMOPHOBIE 2011: ÜBERBLICK ÜBER HOMOPHOBE GEWALTTATEN IN BERLIN

CHRISTIAN STEIOF, DIREKTOR DES LANDESKRIMINALAMTES BERLIN
VORTRAG VOM 10.11.2011



SEHR GEEHRTER HERR REGIERENDER BÜRGERMEISTER, SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

ich wurde gebeten, einen kurzen aktuellen Überblick über Straftaten gegen die sexuelle Orientierung oder Identität zu geben. Dem komme ich gerne nach.

Auswertbare Zahlen liegen uns für Fälle der Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung vor. In der Mehrzahl sind dabei schwule Männer, lesbische Frauen, Transpersonen oder Menschen, die für homo- oder transsexuell gehalten werden, die Opfer.

KEIN GRUND ZUR EUPHORIE

In Berlin wurden im Jahr 2010 insgesamt 109 Fälle von Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung bei der Polizei erfasst.

2011 liegen die Zahlen der ersten drei Quartale erfreulicherweise unter dem Vorjahresniveau, es wurden bislang 67 Fälle gezählt - im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 98 Fälle. Ein noch deutlicherer Rückgang ist bei den Gewaltdelikten feststellbar. Sie fielen von 41 auf 22 Fälle im Vergleichszeitraum.

Das ist per se eine gute Nachricht, jedoch kein Grund zur Euphorie. Nach wie vor ist bei homo- und transphoben Straftaten von einem hohen Dunkelfeld auszugehen.

Unbestritten ist, dass Homosexuelle und Transgender auch heute noch - und auch in Berlin - wegen ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität Opfer von Diskriminierung und Gewalt werden.

Die polizeilichen Zahlen zeigen also nur einen Ausschnitt der Realität.

WIE DIESE WIRKLICHKEIT IM EINZELFALL AUSSEHEN KANN – EINIGE BEISPIELE:

– Am 28. August wurde ein schwuler Mann kurz nach Mitternacht in einem Park in Moabit, der auch als Treffpunkt schwuler Männer bekannt ist, unvermittelt von vier Tätern angegriffen, mit einer Taschenlampe niedergeschlagen und am Boden liegend getreten und geschlagen. Die Täter beschimpften ihn als „schwule Sau“ und raubten seine Brieftasche bevor sie ihn zurückließen. Im Krankenhaus wurden schwerste Gesichtsverletzungen diagnostiziert, u. a. eine Tümmelfraktur des Nasenbeins sowie Brüche des Jochbeins und des Kiefers.

– Am 29. September wurden zwei lesbische Frauen gegen 2 Uhr nachts in der S-Bahn von einem Mann als „Scheiß Kampflésben und Pädophile“ beschimpft. Der Täter schlug eine der Frauen mit dem Kopf gegen eine Haltestange und stieß sie im nächsten Bahnhof aus dem Zug.

– Auch in diesem Jahr gab es eine Sachbeschädigung am Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen im Tiergarten und mehrere Fälle häuslicher Gewalt durch Eltern, die die Homosexualität ihrer Töchter oder Söhne nicht akzeptieren können.

HASSTATEN MIT „BOTSCHAFTSCHARAKTER“

Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Hass gegenüber dem „Anders-Sein“ sind eine fundamentale Bedrohung unserer Gesellschaft. Denn bei vorurteilsbelasteter Kriminalität kommt neben der oft traumatisierenden Wirkung auf die unmittelbaren Betroffenen dem Botschaftscharakter der Straftaten eine entscheidende Rolle zu.

Einer ganzen Bevölkerungsgruppe wird signalisiert, dass sie unerwünscht ist und mit Repressalien zu rechnen hat. Ein Unsicherheitsgefühl entsteht, das weit über die tatsächliche Bedrohungslage hinausgeht.

Dies erfordert eine starke Gegenbotschaft des Staates und der Gemeinschaft. Und hier gibt es durchaus Anlass, optimistisch in die Zukunft zu blicken.

In Berlin wurde im Rahmen der Senatsinitiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ eine Fülle von Maßnahmen begonnen und ausgebaut, die aus meiner Sicht auch wichtige kriminalpräventive Wirkung entfalten. Insbesondere die Anstrengungen im Erziehungs- und Bildungssektor sowie im Bereich der Opferhilfe werden dabei ihre Wirkung nicht verfehlen.

Bei der Umsetzung sind Netzwerke und klare Bekenntnisse notwendig, wie sie z. B. auch hier im Bündnis gegen Homophobie bekräftigt werden.

WEITERE AUFKLÄRUNG NOTWENDIG

Neben nationaler Vernetzung kann auch der Austausch mit anderen Ländern neue Ansätze bringen.

So haben die Ansprechpartner der Berliner Polizei für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Berliner Angehörige des Vereins lesbischer und schwuler Polizeiangehöriger zusammen mit der Opferhilfeeinrichtung Maneo Polizeidienststellen und NGO´s in Irland, Israel und Norwegen aufgesucht.

Auch den ebenfalls von Maneo veranstalteten internationalen Kongress „Building a Queer and Tolerant Neighbourhood“ Ende November werden wir zur Sammlung von „Best Practice“ Modellen nutzen.

Darüber hinaus wird die Berliner Polizei die interne Fortbildung und Aufklärung von Führungskräften und Mitarbeitern in regelmäßigen Veranstaltungen weiterführen.

Ähnliche Projekte und Anstrengungen können sicherlich auch die übrigen Anwesenden für ihre Institutionen vorweisen. Und das stimmt mich optimistisch, dass wir es schaffen, dass Übergriffe, wie ich sie hier auszugsweise beschreiben musste, in hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft zu absoluten Ausnahmen werden.

**ÖFFENTL
UND
SELBSTB**

ICH

BEWUSST

„Unser Unternehmen adressiert mit seinen Lösungen und Produkten den Bildungsbereich in Deutschland. Dieser fängt bereits im Kindergarten und der Schule an. Bereits dort sollen Toleranz und Respekt gelebt werden. Wir unterstützen daher das Bündnis gegen Homophobie als wichtigen Baustein für das Ziel der gesamtgesellschaftlichen Toleranz. Die 1edu GmbH ist sich ihrer Verantwortung als deutschlandweit agierendes Unternehmen stets bewusst. Homophobie, Rassismus sowie radikale Einstellungen werden bei 1edu.de entschieden abgelehnt. Kunden, Partner und Mitarbeiter werden unabhängig von ihrem ethnischen Hintergrund, ihrer Religion, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Hautfarbe und ihrer sozialen Herkunft gleich behandelt. Unsere Werte vertreten wir öffentlich und selbstbewusst.“

FELIX KAYSER, GESCHÄFTSFÜHRER DER 1EDU GMBH



3.

HOMOSEXUALITÄT UND RELIGION

Vorbehalte gegen Homosexuelle gibt es nach einer Studie des amerikanischen Psychologen Gregory Herek von der Universität von Kalifornien in Davis vor allem bei drei Bevölkerungsgruppen: älteren Menschen mit niedrigem Bildungsstand, Menschen, die keinen Kontakt zu Homosexuellen haben, und Menschen mit starkem Bezug zur Religion. Auch nach deutschen Erhebungen sind sehr religiöse Menschen nach besonders anfällig für abwertende Haltungen gegenüber Minderheiten wie Homosexuellen, fand die Bielefelder Psychologieprofessorin Beate Küpper in Studien heraus.

Anlässlich der Mitgliedschaft der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz und des bevorstehenden Besuchs Papst Benedikts XVI. wurde Homosexualität vor dem Hintergrund der Religion thematisiert.



3.1. HOMOSEXUALITÄT UND RELIGION AUS SICHT DES LESBEN- UND SCHWULEN- VERBANDES

JÖRG STEINERT, GESCHÄFTSFÜHRER DES LSVD BERLIN-BRANDENBURG E.V.
VORTRAG VOM 16.05.2011

**SEHR GEEHRTE MITGLIEDER DES BÜNDNISSES GEGEN HOMOPHOBIE,
SEHR GEEHRTE FRAU SENATORIN BLUHM,
SEHR GEEHRTER HERR STAATSEKRETÄR HÄRTEL,
SEHR GEEHRTE VERTRETERINNEN UND VERTRETER DER PRESSE,
SEHR GEEHRTE GÄSTE,**

als Lesben- und Schwulenverband bekommen wir regelmäßig interessante Post. Erst am vergangenen Wochenende erreichte uns eine anonyme Nachricht, die sinngemäß Folgendes besagte:

Mit der Anerkennung von Homosexualität erkläre sich die evangelische Kirche als unchristliche Organisation. Böses werde gut und Gutes böse geheißen. Es werde verkannt, dass Homosexualität scheußlich ist. Wer das nicht erkenne, der verachte die Gesetze des HERRN.

Sehr geehrter Herr Bolz, als Superintendent wurden Sie sicher schon mehrfach mit derlei Argumentationen konfrontiert. Im Gegensatz zu dem Autor (oder der Autorin) der Nachricht freuen wir uns sehr, die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz im Bündnis gegen Homophobie begrüßen zu dürfen. Die evangelische Kirche ist nach der Jüdischen Gemeinde zu Berlin nun die zweite Religionsgemeinschaft, die diesen Schritt gegangen ist. Vielen Dank!

Doch nicht wenige Menschen lehnen Homosexualität auch heute noch unter Berufung auf heilige Texte, religiöse Schriften oder Traditionen strikt ab. Auch im praktischen Handeln spiegelt sich diese menschenfeindliche Einstellung wider:

So stand erst am vergangenen Freitag ein von christlichen Fundamentalisten initiiertes Gesetzentwurf zu einem „Anti-Homosexualitäts-Gesetz“ auf der Tagesordnung des Ugandischen Parlaments. Zu einer Befassung mit dem Gesetzentwurf ist es in der letzten Sitzung der Legislaturperiode zum Glück nicht mehr gekommen. Doch die Zukunft in Uganda ist ungewiss.

Aber auch in Deutschland gibt es keinen Grund, sich gemütlich zurück zu lehnen. So gibt es z.B. evangelikale Gruppierungen, die Homosexualität als Krankheit betrachten und homosexuelle Menschen mit „Umpolungstherapien“ bedrängen. In Berlin treten diese Gruppierungen bisher eher nur vereinzelt auf. Doch der Blick in andere Bundesländer, so z.B. Sachsen, macht deutlich, dass diese religiösen Gruppierungen zunehmend Familien verunsichern.

Zum anderen haben sich in den vergangenen Jahren immer wieder Moscheen damit hervorgetan, dass sie Predigern ein Podium bieten wollten, die u.a. die Ermordung von Homosexuellen fordern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte nicht missverstanden werden.



Die Religionsfreiheit ist ein wichtiges Grundrecht, daran darf es keinen Zweifel geben. Die Religionsfreiheit darf aber nicht dazu missbraucht werden, die Rechte von Menschen in Staat und Gesellschaft zu beschneiden. Hinsichtlich der Menschenwürde, der freien Entfaltung der Persönlichkeit und des Gleichheitsgrundsatzes kann es im demokratischen Staat keine Relativierung geben.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinen Entscheidungen der letzten Jahre ausdrücklich klargestellt, dass Diskriminierung wegen der sexuellen Orientierung gegen das Grundgesetz verstößt. Diese Entscheidungen – die sich in dieser Tendenz auch auf europäischer Ebene wiederfinden – bilden die Grundlage für ein respektvolles Zusammenleben.

Doch Lesben und Schwule haben auch aus historischer Erfahrung einigen Grund, die politische und gesellschaftliche Einflussnahme von Religionsgemeinschaft kritisch zu betrachten. Alle Fortschritte – von der Entkriminalisierung von homosexueller Liebe bis hin zur rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften – mussten gegen große Widerstände durchgesetzt werden. Und bis in die Gegenwart haben einige Religionsvertreter mit der Gleichberechtigung Homosexueller längst nicht ihren Frieden gemacht.

Erst im vergangenen Jahr bezeichnete der Weihbischof der katholischen Kirche in Berlin die Bundesratsinitiative des Berliner Senats für die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule als „Mogelpackung“. Er leugnete dabei u.a. die Existenz von Regenbogenfamilien, also lesbischen und schwulen Eltern und ihren Kindern.

Lesben und Schwule stehen genau wie Heterosexuelle in ihren Beziehungen füreinander ein. Und lesbische und schwule Eltern sorgen sehr gut für ihre Kinder – so auch das Ergebnis einer im Auftrag des Bundesjustizministeriums durchgeführten Studie. Dennoch werden diese Familien nach wie vor – z.B. im Steuerrecht – benachteiligt.

Unabhängig davon, wie Religionsgemeinschaften Homosexualität theologisch bewerten, sind sie aufgefordert, ihren gesellschaftlichen Beitrag zur Bekämpfung von Diskriminierung zu leisten. Als Lesben- und Schwulenverband appellieren wir an alle Religionsgemeinschaften, sich für homosexuell liebende Menschen zu öffnen und schwulen und lesbischen Paaren, die dies wünschen, eine Segnung ihrer Lebensgemeinschaft anzubieten.

Als Arbeitgeber sind Religionsgemeinschaften und die ihnen zugehörigen Einrichtungen aufgerufen, lesbische Frauen und schwule Männer ohne jede Vorbehalte oder Auflagen hinsichtlich ihrer sexuellen Identität zu beschäftigen.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, dass Engagement gegen Diskriminierung und Homosexuellenfeindlichkeit ist vergleichbar mit dem Bohren dicker Bretter. Und auch einige Religionsgemeinschaften bzw. einzelne Persönlichkeiten und Untergruppierungen haben sich auf den Weg gemacht.

In den vergangenen Jahren konnten wir wiederholte Male auf die Unterstützung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin zählen, so z.B. als das Ufer gegenüber dem Bundeskanzleramt nach dem Begründer der ersten homosexuellen Emanzipationsbewegung, Magnus Hirschfeld, benannt wurde.

Allein in den vergangenen 12 Monaten hat sich Einiges getan:

- Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime erklärte uns gegenüber, dass die Verfolgung und Diskriminierung von Homosexuellen keine islamische Rechtfertigung findet. Und eine Kreuzberger Moschee lud in Eigeninitiative Lesben und Schwule zum Tag der offenen Moschee ein.
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der katholischen Kirche aus der Schweiz stellten uns eine Publikation der Pastorkonferenz der römisch-katholischen Kirche Baselland vor, welche die Segensfeier von lesbischen und schwulen Paaren befürwortet.
- Die Nachricht von Seiten der evangelischen Kirche, dass homosexuelle Pastorinnen und Pastoren mit ihren Partnern im Pfarrhaus leben dürfen, machte ebenfalls die Runde. In einem Monat nun, feiert die evangelische Kirche am Vorabend des Christopher Street Day in der St. Marienkirche unter dem Fernsehturm einen Gottesdienst in Kooperation mit dem Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg.

Das Thema „Homosexualität und Religion“ ist kein neues Thema, aber es gibt zunehmend Neues zu berichten.

Wie das Verhältnis von Homosexualität und Religion in den jeweiligen Religionsgemeinschaften genau aussieht, können Ihnen unsere kompetenten Referenten viel besser vermitteln.

Wir können uns nun auf den Beitrag des Superintendenten des Evangelischen Kirchenkreises Berlin-Charlottenburg, Carsten Bolz, freuen. Es folgen der Beitrag des angehenden Rabbiners Adrian Michael Schell vom Abraham Geiger Kolleg sowie der Beitrag des Islamwissenschaftlers Ibrahim Gülnar. Im Anschluss können Fragen gestellt werden und es besteht die Möglichkeit zur Diskussion.

Dieser Redebeitrag steht auf der Webseite www.stopp-homophobie.de auch als Audio-on-Demand-Beitrag im Original zum Nachhören zur Verfügung.

.



3.2. HOMOSEXUALITÄT UND DIE EVANGELISCHE KIRCHE

CARSTEN BOLZ,
SUPERINTENDENT EVANGELISCHE KIRCHE BERLIN-CHARLOTTENBURG
VORTRAG VOM 10.11.2011

SEHR GEEHRTE FRAU SENATORIN BLUHM, VEREHRTE DAMEN UND HERREN,

am Tag vor dem Internationalen Tag gegen Homophobie freue ich mich, Ihnen einige Zusammenhänge zum Thema Homosexualität aus der Perspektive meiner Kirche, der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, darzulegen. Als Betroffener nicht ganz unerfahren in Sachen Homophobie habe ich sicherheitshalber noch einmal schlau gemacht – so wie man das heute tut, wenn es schnell gehen soll – bei wikipedia:

„Homophobie (...) bezeichnet hauptsächlich eine soziale, gegen Lesben und Schwule gerichtete Aversion bzw. Feindseligkeit oder „die irrationale, weil sachlich durch nichts zu begründende Angst vor homosexuellen Menschen und ihren Lebensweisen“. Homophobie wird in den Sozialwissenschaften zusammen mit Phänomenen wie Rassismus, Xenophobie oder Sexismus unter den Begriff „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ gefasst.“ (http://de.wikipedia.org/wiki/Homophobie#cite_ref-barna_23-0; 13.05.2011)

Als „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ steht Homophobie wie die anderen genannten Geisteshaltungen in offenem Widerspruch zu unserer Überzeugung von Gottes grenzenloser Menschenfreundlichkeit. Meine Kirche (wie andere Kirchen auch) findet die Grundlage für diese Überzeugung in den Überlieferungen der Bibel. Allerdings – das kann und will ich auch hier nicht verschweigen – allerdings hat es lange gebraucht, bis diese Erkenntnis sich in unserer Kirche und in anderen Kirchen durchgesetzt hat und sie muss sich noch weiter durchsetzen. Gründe für den andauernden Streit um diese Frage sind in den sehr unterschiedlichen Weisen zu finden, die Texte der Bibel zu verstehen und auszu-legen. Sehr verkürzt und grob gesagt, gibt es Christen, auch Theologen und Theologin-nen, die die Texte der Bibel wörtlich verstehen und meinen, sie in unserer Zeit ganz unmittelbar anwenden zu können. Andere, zu denen ich mich mit den Meisten in meiner Kirche zähle, verstehen biblische Texte als zeitgebundene Offenbarungen Gottes, die in jeder Zeit neu auf ihre Bedeutung hin befragt und interpretiert werden müssen. Dieser fundamentale Unterschied im Umgang mit biblischen Texten führt nach wie vor zu funda-mental unterschiedlichen Beurteilungen von Homosexualität in den verschiedenen Kir-chen – und durchaus auch innerhalb meiner eigenen Kirche. In der erstgenannten Tradition wird Homosexualität fast ausschließlich als Widerspruch zum biblischen Befund und damit als sündhaftes Verhalten abgelehnt. In der anderen Tradition, historisch-kri-tisch genannt, haben Theologinnen und Theologen andere Maßstäbe gefunden (z.B. Got-tes ungebrochene Liebe ausnahmslos zu allen Menschen, die Jesus Christus immer wieder deutlich gemacht hat), heutige wissenschaftliche Erkenntnisse zum Thema Homosexualität von diesen Grundüberzeugungen der Bibel her zu verstehen und finden in gleichgeschlechtlicher Orientierung keinen Widerspruch zu den Anliegen der Bibel.



Schon seit den 70er Jahren, also dem Beginn der Emanzipationsbewegung von Schwulen und Lesben in der deutschen Gesellschaft, gab es auch erste Emanzipationsbewegungen innerhalb der Kirchen: Die Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche (HuK) e.V. wurde auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag 1977 in Berlin gegründet. Andere Gruppen folgten. (LuK, Labrystheia, Maria und Martha Netzwerk, Gesprächskreis Homosexualität in der Adventkirchengemeinde – Berlin-Ost) Es folgten mühsame Jahre der Überzeugungsarbeit innerhalb unserer Kirchen – zunächst bis 1991. Denn ganz überraschend für uns Betroffene gab die Kirchenleitung der EKIBB im August vor genau 20 Jahren eine öffentliche Erklärung ab. Anlass war damals der Überfall von Skinheads auf das Frühlingsfest im Gründerzeitmuseum bei Charlotte von Mahlsdorf. Weil diese Erklärung eine Wende in unserer Kirche einläutete und weil sie in ihrem Inhalt tatsächlich einzigartig war und bis heute ist – und weil sich ihre Herausgabe in diesem Jahr zum 20. Mal jährt, will ich sie hier zitieren:

WORT DER KIRCHENLEITUNG ZUR GEWALT GEGEN HOMOSEXUELLE:

Unter dem Eindruck schwerer Ausschreitungen gegen Homosexuelle, wie sie beim "Frühlingsfest von Lesben und Schwulen" am 25. Mai 1991 durch Skinheads begangen wurden, wenden wir uns entschieden gegen solche Gewaltakte und die verbreitete Diskriminierung dieser Gruppe von Mitbürgern. Gewalt ist kein Mittel zur Lösung gesellschaftlicher Probleme.

Gerade Minderheiten dürfen nicht ausgegrenzt werden. Ihre Menschenwürde ist unbedingt zu achten. Homosexualität ist - wie wir heute wissen - weder sündhaft noch krankhaft, sondern ein anderer Ausdruck menschlicher Sexualität.

Die Ausgrenzung homosexuell geprägter Menschen hat in unserer Gesellschaft eine lange, leidvolle Vorgeschichte. Wir bedauern, dass daran auch die christliche Kirche eine erhebliche Mitschuld trägt. Das Schweigen von Christen in der Nazizeit zu der Ermordung Homosexueller in den Konzentrationslagern ist ein Teil dieser Mitschuld. Deshalb haben wir allen Anlass, aus dieser Geschichte zu lernen. Toleranz ist geboten, gerade auch gegenüber dieser Minderheit.

Wir bitten daher unsere Gemeinden, homosexuelle Mitchristen als Schwestern und Brüder anzunehmen.

Wir appellieren an die Menschen in unserem Land, Toleranz gegenüber den homosexuellen Mitbürgern zu üben und ihnen die Furcht vor Verunglimpfung zu nehmen, damit sie ihre geschlechtliche Prägung nicht verleugnen müssen.

Wir fordern die Verantwortlichen in unserer Gesellschaft dazu auf, Maßnahmen zum Schutz von Homosexuellen zu treffen und Gewaltakte gegen sie im Ansatz zu verhindern. (Von der Kirchenleitung der EKIBB am 2. August 1991 verabschiedet.)

Die Landessynode der EKIBB machte sich diese Erklärung im Herbst 1991 zueigen und sie gilt daher weiter. Ich betrachte die Mitgliedschaft der EKBO im Bündnis als eine konsequente späte Folge dieser Erklärung.

Seither sind wir in unserer Kirche und in den 22 Mitgliedskirchen der EKD den Weg langsam weitergegangen. Gemäß der föderalen Struktur der Evangelischen Kirchen in Deutschland ist der Verlauf allerdings in den verschiedenen Landeskirchen sehr unterschiedlich gewesen. Die Diskussionen haben sich dabei wesentlich um zwei Themen gedreht: um die Segnung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften einerseits und um das Dienstrecht für Pfarrerinnen und Pfarrer andererseits. Als Ergebnis stehen zum Teil sehr gegensätzliche Regelungen der verschiedenen evangelischen Landeskirchen relativ unvermittelt nebeneinander. Während es inzwischen z.B. in einer Landeskirche (EKiR) die völlige dienstrechtliche Gleichstellung eingetragener Lebensgemeinschaften mit der Ehe gibt, kann in anderen Landeskirchen offen gelebte Homosexualität immer noch zum Versagen der Ordination – also der Beauftragung als Pfarrerin oder Pfarrer – führen. Auch in der Frage der Segnung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften ist die Lage in den Kirchen der EKD höchst unterschiedlich. In unserer Kirche ist es seit 2002 möglich, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften in Gottesdiensten gesegnet werden können. Ein neues Informationsblatt dazu ist dieser Tage gerade erschienen.

In unserer Landeskirche gibt es weiterhin seit 2005 gibt es eine Verwaltungsvorschrift zum Umgang mit eingetragenen Lebenspartnerschaften von Pfarrerinnen und Pfarrern, die diese dienstrechtlich in großer Ähnlichkeit mit ehelichen Gemeinschaften behandelt. Und im vergangenen Jahr ist erstmals ein neues Pfarrdienstrecht für die gesamte EKD verabschiedet worden, das eine Öffnung für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften unter dem Stichwort „familiäres Zusammenleben“ enthält. Es bietet damit wiederum den Landeskirchen Gestaltungsspielraum, der absehbar sehr unterschiedlich ausgestaltet werden wird. Ich kann aber sagen, dass die Vorlage zur Ausgestaltung in meiner Kirche den eingeschlagenen Weg fortsetzen und gleichgeschlechtliche Partnerschaften von Pfarrerinnen und Pfarrern gleichwertig mit Ehen behandeln wird.



Unterhalb der offiziellen kirchlichen Ebene gibt es mindestens seit 1977 verschiedene Gruppen, die emanzipatorisch in unsere Kirche hinein gewirkt haben: HuK, LuK, Labrystheia, Maria und Martha Netzwerk, Gesprächskreise Homosexualität (Ost). Ich möchte an dieser Stelle auch erwähnen, dass wir, schwule und lesbische Christinnen in diesen Gruppen immer wieder auch unsere doppelte Diskriminierung zum Thema gemacht haben: in der Kirche als Homosexuelle um Anerkennung ringend – in der lgbt-community als „Betschwestern“ betrachtet und auch nach Anerkennung für unsere christlichen Überzeugungen suchend.

In diesem „Zwischenraum“ feiert z.B. die HuK seit rund 25 Jahren ökumenische Gottesdienste am Vorabend des CSD in der Paul-Gerhardt-Kirche in Schöneberg – so auch in diesem Jahr: 24. Juni 20 Uhr unter dem Motto „Frei-Spiel-Regeln“; seit langem nimmt die HuK an Motzstraßenfest und CSD-Demo teil; seit dem letzten Jahr gibt es einen Eröffnungsgottesdienst am Abend vor dem Motzstraßenfest in der Zwölf-Apostel-Kirche in Schöneberg und in diesem Jahr wird es darüber hinaus am Vorabend des CSD zum ersten Mal einen evangelischen Gottesdienst des Kirchenkreises Stadtmitte in der St. Marien-Kirche geben.

Es gibt inzwischen selbstverständlich Schwule und Lesben in Pfarrämtern und in Leitungssämtern unserer Kirche – und es gibt immer wieder auch noch Vorbehalte oder fundamentalistische Kritik. Wir wissen: es bleibt noch einiges zu tun – auch in unserer Kirche gibt es da noch Aufgaben: innerkirchliche und gesellschaftliche; das Stadt – Land – Gefälle ist nicht unbeachtlich; auch die Auseinandersetzungen in der weltweiten Kirchengemeinschaft werden uns noch lange beschäftigen. Unser Menschenbild wird uns aber sicher dazu bringen, von unserem Engagement nicht abzulassen und „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ oder besser: jeder Menschenfeindlichkeit deutlich die Botschaft von Gottes Menschenfreundlichkeit entgegenzusetzen – und die gilt nach dem Zeugnis unserer heiligen Schrift allen Menschen – unabhängig von ihrer sexueller Orientierung.

Ich freue mich, dass meine Kirche sich entschlossen hat, dem Rechnung zu tragen und hier im Bündnis Mitglied zu werden. Wir senden damit auch ein Signal in Kirchen und Gesellschaft – ein Signal, das an einigen Stellen schon verstanden und erfreut aufgenommen worden ist. So verstehe ich den Brief von Gudrun Held, der Vorsitzenden des Bundesverbandes der Eltern, Freunde und Angehörigen von Homosexuellen e.V., die mir anlässlich der Pressemeldung über den Beitritt der EKBO zum Bündnis schreibt: „Darauf haben wir Eltern, in deren Familien lesbische und schwule Kinder herangewachsen sind und noch wachsen, sehnsüchtig gewartet! Wir lieben unsere Kinder und deren Liebesfähigkeit, die wir als gute Gabe Gottes ansehen. Viele Eltern traten aus beiden Kirchen aus mit der Begründung: Ich unterstütze doch mit meinem Geld keine Institution, die meine Kind mit Füßen tritt.“

Umso wunderbarer, dass wir nun diese frohe Botschaft verkünden können! Sie haben einen Anfang gemacht.“

Sehr verehrte Damen und Herren, ein Anfang ist gemacht, mehr als ein Anfang, der schon vor 20 Jahren auf den Weg geschickt wurde und an dem wir gewiss noch weiter zu arbeiten haben. Wir werden das tun und dabei auch die Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen nicht scheuen. Aber ich bin überzeugt: Gottes Menschenfreundlichkeit soll sich gegen JEDE gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit durchsetzen. Wir wollen daran mitarbeiten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Dieser Redebeitrag steht auf der Webseite www.stopp-homophobie.de auch als Audio-on-Demand-Beitrag im Original zum Nachhören zur Verfügung.



3.3. HOMOSEXUALITÄT UND ISLAM

IBRAHIM GÜLNAR, ISLAMWISSENSCHAFTLER STIFTUNG SPI

Im Folgenden spreche ich als Islamwissenschaftler, nicht als Theologe. Dennoch wird der Diskurs auch theologische Ansätze beinhalten. Auch vertrete ich hier nicht die Meinung einer bestimmten Strömung oder einer islamischen Gemeinde. Vielmehr möchte ich versuchen, eine Gesamtübersicht über die Haltungen zur Homosexualität im breiten islamischen Spektrum zu liefern. Darüber hinaus soll auch über die soziokulturellen Hintergründe der Homophobie unter Muslimen in Deutschland gesprochen werden. Als Projektkoordinator beim Mobilen Beratungsteam »Ostkreuz« der Stiftung SPI ist es unsere Aufgabe, zu erfassen, welche menschenverachtenden Ideologien in der pluralen Einwanderungsstadt Berlin vorkommen, in welcher Form sie sich ausdrücken und die aller wichtigste Frage: Woher kommen vorurteilsbezogene Konfliktlagen und Ideologien? Unter den Ideologien der Ungleichwertigkeit ist kein Phänomen so sehr mit Religion verknüpft wie Homosexuellenfeindlichkeit. Häufig wird die religiöse Haltung als ein Grund angegeben, um Homosexualität zu diffamieren. Verwunderlich ist dies nicht, denn alle drei monotheistischen Religionen lehnen in ihrer wort-wörtlichen Lesart Homosexualität als eine nicht mit der Religion vereinbare Lebensart ab.

Doch was sagt der Islam zur Homosexualität? Hierzu und auch in anderen gesellschaftspolitischen sowie in islamrechtlichen Angelegenheiten ist es wichtig, zwischen vier verschiedenen islamischen Strömungen zu unterscheiden. Die drei Strömungen Fundamentalismus, Orthodoxie und Konservatismus haben in ihrer Auslegung der heiligen Schriften in puncto Homosexualität die gleiche Auffassung: Der Islam lehnt die Homosexualität als ein religiöses Vergehen und damit als Sünde strikt ab und ist somit nicht vereinbar mit einer islamischen Lebensweise. Wichtig zu wissen ist, dass diese drei Strömungen sich dadurch auszeichnen, dass sie sehr viel Wert darauf legen, die religiösen Quellen (Koran und Sunna) soweit es geht wort-wörtlich zu rezipieren und danach zu leben. Hier sollen jedoch nicht diese drei Strömungen als ein monolithischer Block dargestellt werden, denn auch unter diesen Strömungen gibt es erhebliche Unterschiede in der Haltung zu verschiedenen Themen. Die Haltung zur Homosexualität und die Begründung dieser Haltung ist jedoch nicht wesentlich unterschiedlich.

Die zwei wesentlichen islamischen Rechtsquellen, die zur Rechtsfindung herangezogen werden, sind der Koran, der als die göttliche Offenbarung Gottes an den Propheten Muhammad verstanden wird und die weitaus umfangreichere Sunna. Die Sunna ist die Gesamtheit der Hadithe, der Überlieferungsberichte, die Muhammad wörtlich oder indirekt zitieren.

Doch viele Sachlagen sind weder durch den Koran noch durch die Sunna eindeutig geklärt. Man sagt, dass ungefähr über 70% der Sachlagen keine Einigkeit herrscht. Deswegen hat man versucht durch verschiedene Methoden eine Rechtsfindung zu legitimieren. Aber auch der weiseste Gelehrte kann sich nicht sicher über eine Sachlage sein.



Deswegen wird jedem Rechtsgutachten der Ausspruch: wallahu alem (und Gott weiß es (besser)!) hinzugefügt, weil man sich dadurch als Gelehrter von Irrtümern freisprechen möchte.

Bei der Rechtsfindung zum Thema Homosexualität werden aus dem Koran zwei Referenzen angegeben. Zunächst einmal ist hier die alttestamentarische Geschichte des Volkes Lots zu nennen, die im Koran an verschiedenen Stellen fragmentarisch immer wieder auftaucht. Der Inhalt der Sätze ist an allen Stellen ähnlich. Hier ein Beispiel aus der Sure 7, Verse 80-81: „Wollt ihr eine Schandtät begehen, wie sie keiner in der Welt vor euch je begangen hat? Ihr gebt euch in (eurer) Sinnenlust wahrhaftig mit Männern statt mit Frauen ab. Nein, ihr seid ein ausschweifendes Volk.“ Die Geschichte Lots gilt bei der Bestrafung von Homosexualität als eine göttliche Legitimation. Tatsächlich wird der Koran hier sehr konkret. Laut ihm ist die eigentliche Untat, die hier geschieht, dass „Männer sich mit Männern“ abgeben. Auf die anderen Umstände wird nicht eingegangen: die Verletzung der körperlichen Integrität durch Vergewaltigung, die Handlung ausschließlich nach sexuellen Trieben oder die Verletzung des Gastrechts scheinen hier keine schwerwiegenden Untaten zu sein. Aber was soll ein heutiger schwuler Mann mit dieser höchst dubiosen „Vergewaltigungsgeschichte“ anfangen? Und noch viel wichtiger ist das Verständnis des Korans als Gesamtwerk. Dieser soll den Muslimen durch die fragmentarische Rezeption solcher Beispiele aus dem Alten Testament den eigentlichen Grundsatz des Islam verdeutlichen, nämlich die Einheit Gottes und seine Stärke.

Die zweite Stelle im Koran, die zur Ablehnung/Bestrafung von Homosexualität herangezogen wird, ist hingegen sehr uneindeutig. In der Sure 4, Vers 15-16 steht geschrieben: „... Und wenn welche von euren Frauen das Abscheuliche begehen, dann ruft vier von euch als Zeugen gegen sie auf; bezeugen sie es, dann schließet sie in die Häuser ein, bis der Tod sie ereilt oder Gott ihnen einen Ausweg eröffnet. Und wenn zwei Personen unter euch solches begehen, dann bestrafet sie beide. Wenn sie dann bereuen und sich bessern, so lasst sie für sich; wahrlich, Gott ist allverzeihend, barmherzig.“ Diese Verse werden traditionell zur Bestrafung von Ehebruch als göttliche Legitimation begriffen. Es gibt aber auch Gelehrte, die unter dem „Abscheulichen“ zuerst den lesbischen Geschlechtsverkehr und zum zweiten als schwulen Geschlechtsverkehr verstehen. Hier wird die Frage interessant, was denn das Abscheuliche sein soll, welches zumal keiner vor ihnen getan hätte. Neben dem Koran existieren einige prophetische Aussagen zur Homosexualität. Im Gegensatz zum Koran wird Muhammad schon sehr deutlich. Er fordert die Steinigung und Tötung derjenigen, die das taten, was das Volk Lots getan hat. Die Aussprüche Muhammads wurden 200 Jahre nach seinem Tod festgehalten und weisen vorweg immer eine lange Tradentenkette (isnad) auf. Es gibt einwandfreie, gute und unsichere Hadithe. Bei allen angeblich prophetischen Aussagen zur Homosexualität handelt es sich jedoch um unsichere, gar unechte Überlieferungen, da bereits im 11. Jahrhundert der Gelehrte Ibn-

Hazm die Echtheit dieser Aussagen anzweifelt. Nicht ohne Grund tauchen die vermeintlichen Aussagen Muhammads zur Homosexualität in den beiden bedeutendsten Hadithsammlungen Al-Buchari und Muslim nicht auf.

Doch wir sprechen hier über eine monotheistische Religion aus dem 7. Jahrhundert, die das Ziel hatte, wie die anderen monotheistischen Religionen auch, konventionelle Lebensformen zu forcieren und jegliche „abweichende“ Lebensarten zu unterdrücken. Homosexualität gehörte selbstverständlich zu den „anormalen“ Lebensformen der Frühzeit des Islam. Dadurch dass in der Entstehung der Scharia (Normierung der Rechtsvorschriften aus dem Koran und der Sunna) jede Verordnung eine koranische oder prophetische Legitimation brauchte, wurden alle möglichen Aussagen zur Verdammung von Homosexualität herangezogen, auch die unechten Überlieferungen. Dadurch kam es zu Strafbestimmungen wie Steinigung, Herabstürzen von einem hohen Berg oder Verbrennung bei lebendigem Leibe, übrigens alles alttestamentarische oder gar römisch-christliche Bestrafungsmethoden. Doch während in Europa Homosexuelle auf grausame Art und Weise hingerichtet wurden, scheint die islamische Welt die eigens kreierte oder rezipierten ebenso grausamen Hinrichtungsmethoden jahrhundertlang nicht angewandt zu haben. Warum auch immer?

Die vierte Strömung hat eine andere Haltung zur Homosexualität, die denen des liberalen Judentums oder der lutherischen Kirche sehr nahe kommt. Die liberalen Muslime sind nicht darauf aus, jede koranische oder prophetische Aussage sakrosankt wort-wörtlich zu übernehmen, sondern machen ihre Glaubensbrüder und -schwestern auf die eigentlichen Werte der Religion aufmerksam, die hinter den Maximen stehen. Diese Muslime kritisieren, dass durch die Orthodoxie die Vielfältigkeit und Meinungsverschiedenheit im Islam verlorengegangen und die Religion dadurch zu einem Regelwerk mit Gottesfurcht verkommen sei. Liberale Muslime interpretieren den Koran zeitgebunden und vernunftbezogen. Sie sind die einzige Strömung, die eine aufklärerische Haltung bei Religionsfragen an den Tag legt. Oft werden Fragen gestellt wie: Was herrschten im 7. Jahrhundert in Arabien für Zustände und warum musste in der einen oder anderen Form darauf reagiert werden? Und wie sollte sich das auf die Muslime heute auswirken? Machen die Bestimmungen aus dem 7. Jahrhundert heute noch Sinn oder hätte sich Gott heute, wenn er zu den Menschen spräche, in einer anderen Weise an sie gewandt?

Doch was bedeutet das alles für die heute in Deutschland lebenden muslimischen Homosexuellen?



Ein jeder Muslim, der „islamisch“ leben möchte, muss entscheiden, welchen Umgang er mit den religiösen Quellen findet und damit, welche Richtung er einschlägt. Dabei muss er sich bei der Religionsausübung Gedanken darüber machen, ob er die Rechtsquellen als eine wort-wörtliche Überlieferung verstehen und eine rigide Form des Islam leben möchte. Dementsprechend würde er sich dem Fundamentalismus, der Orthodoxie oder dem Konservatismus verbunden fühlen.

Wenn ein Muslim aber eine nicht auf Gesetze basierte, zeitgebundene Haltung zu den religiösen Quellen hat, so kann er auch Homosexualität mit der Religion vereinbaren. Die wichtigste Frage, die man sich als muslimischer Homosexueller stellen sollte, ist: „Was ist der Kern des Islam? Möchte ich die tatsächlichen Werte des Islam verinnerlichen, oder möchte ich mir immer wieder die Frage stellen, ob meine Lebensweise denn tatsächlich islamisch sei? Was gilt denn heutzutage überhaupt als islamisch. Ist es die pubertierende kopftuchtragende Neuköllnerin in einer Röhrenjeans, geschminkt auf Highheels oder der alles westliche verachtende Salafit? Und welche „Sünden“ begehen die anderen Muslime um uns herum, die im Gegensatz zur Homosexualität sehr wohl den anderen Menschen Schaden zufügen können? Wer ist, nach islamischer Vorstellung, frei von religiösen Vergehen und wer darf entscheiden, welches Verhalten schlimmer ist?

Interessant ist die Frage danach, was man heutzutage aus dem Koran übernehmen muss? Im Koran ist auch die Rede von Sklaverei. Ich wage zu behaupten, dass die Abschaffung der Sklaverei islamischer Konsens ist. Kein vernünftiger Muslim würde ernsthaft die Einführung der Sklaverei einfordern wollen.

Die islamischen Bekleidungsregeln geben vor, dass ein Mann lediglich den Bereich zwischen dem Bauchnabel und den Knien bedecken soll. Ist es heutzutage die Norm, dass Männer mit freiem Oberkörper durch die muslimischen Innenstädte laufen? Man muss sich die Frage stellen, was von den religiösen Vorgaben heute noch Sinn macht? Und das heißt nicht, dass dazu aufgerufen werden soll, die religiösen Quellen gänzlich zu vernachlässigen und die Person Muhammads als Ganzes in Frage zu stellen. Muhammad hat viele Aussagen gemacht, die aus unserer heutigen Perspektive gar nicht haltbar sind. Martin Luther hat antijudaistische Texte verfasst, aber ein gläubiger Lutheraner verdammt Martin Luther nicht als gesamte Person, sondern hat einen kritischen Umgang mit seinen bedenklichen Texten gefunden. Das bedeutet, dass man einen Weg finden muss, sich kritisch mit den Haltungen der religiösen Quellen auseinanderzusetzen. Die Protestanten haben einen Weg gefunden, um damit umzugehen. Die Muslime müssen damit erst anfangen: der liberale Islam scheint eine Perspektive dafür zu bieten.

Bei all den theologischen Fragestellungen darf die wesentliche Fragestellung nicht vergessen werden. Die eigentliche Frage ist doch, ob schwule Männer und lesbische Frauen aus muslimischen Familien überhaupt ihre Homosexualität islamrechtlich legitimieren wollen? Die hier lebenden muslimischen Homosexuellen werden eher von der Familie oder den nahen Verwandten in eine Außenseiterrolle gedrängt, frei nach dem Motto „Schwul oder Türke“. Ihnen wird von außen, sogar von nicht frommen Menschen suggeriert, dass sie nicht Teil der „türkischen“ oder „arabischen“ Community und erst recht keine Muslime mehr sein könnten, wenn sie homosexuell leben. So kommt es häufig dazu, dass Homosexuellen aus muslimischen Familien ihr Identitätsmerkmal „Muslim“ abgesprochen wird. Und genau das ist das große Problem, mit dem es muslimische Homosexuelle hier in Deutschland zu tun haben. Die Homosexuellen werden dazu gezwungen, sich von ihrer muslimischen Vergangenheit zu trennen, obwohl diese ein sehr wichtiges Merkmal in ihrer Sozialisation sein kann, die sie nicht missen möchten. Die wenigsten Muslime kennen sich detailliert in den heiligen Schriften aus, sodass sie Homosexualität exegetisch verdammen können/wollen. Meistens wissen alle, dass Homosexualität in irgendeiner Weise eine „schandhafte Sünde“ ist, über die noch nicht einmal gesprochen werden darf. Hinzu kommen Ängste, dass bei Öffentlichwerdung der Homosexualität eines Familienmitglieds die Community die gesamte Familie verschmäht werden könnte. Deswegen wird ihnen unausgesprochen angeboten, dass sie doch, wenn sie homosexuell leben wollen, sich von der muslimischen Community abkoppeln sollen. Dabei sollen sie darauf achten, ihre Homosexualität den Muslimen gegenüber nicht öffentlich zu machen. Das bedeutet, dass viele homosexuelle Muslime zum Doppelleben gedrängt werden mit den entsprechenden Folgen.

Das sind die realen Probleme, vor denen Lesben und Schwule aus muslimischen Familien stehen. Auffallend ist dann doch, dass diese Probleme gar nicht so weit weg von unserer deutschen Gesellschaft sind. Wenn wir 30 Jahre zurückblicken, sah es in Deutschland um die Akzeptanz der Homosexualität nicht anders aus. Und wenn wir heute in Deutschland in den ländlich-konservativen Raum gehen, bemerken wir, dass der offene Umgang mit Homosexualität dort noch weit entfernt ist. Und jetzt übertragen wir das Ganze auf die hier lebenden muslimischen Migrantenfamilien: Wie waren die meisten von ihnen sozialisiert bevor sie nach Deutschland kamen? Sind sie Teil einer bürgerlich-gebildeten urban lebenden Schicht gewesen, die nach aufklärerischen Werten aufgewachsen ist?

Dieser Redebeitrag steht auf der Webseite www.stopp-homophobie.de auch als Audio-on-Demand-Beitrag im Original zum Nachhören zur Verfügung.

Darüber hinaus steht Ihnen auf der Webseite www.stopp-homophobie.de ein weiterer Vortrag zum Thema „Homosexualität und Judentum“ von Adrian Michael Schell vom Abraham Geiger Kolleg/Jüdische Gemeinde als Podcast zur Verfügung.

VIELFA

ALS CH

LT ANCE

„Bei Vodafone fassen wir die Unternehmenskultur als hohes Gut auf, das wir vor allem durch unsere fundamentalen Werte "Wertschätzung" und "Vertrauen" in der Organisation verankern. Nur durch unsere Mitarbeiter, die jeden Tag Höchstleistungen erbringen, erreichen wir unseren Unternehmenserfolg - hierfür verdient jeder Einzelne den höchsten Respekt und Anerkennung. Dazu gehört auch ein Arbeitsumfeld, das die Menschen ermutigt, ihre Individualität uneingeschränkt einzubringen. Menschliche Vielfalt eröffnet uns Potenziale, um langfristig dynamisch und erfolgreich zu sein. Wir akzeptieren und fördern unterschiedliche Lebensentwürfe und begleiten unsere Mitarbeiter individuell in ihren Lebensphasen. Bei Diskriminierung kennen wir keine Toleranz - dafür stehe ich persönlich ein!

Vodafone unterstützt das Bündnis gegen Homophobie, um ein deutliches Zeichen zu setzen. Im gesellschaftlichen Wandel ist es für Deutschland wirtschaftlich und ethisch unerlässlich, dass wir lernen, menschliche Vielfalt als Chance und nicht als Bedrohung zu verstehen. Davon hängt unsere gemeinsame Zukunft ab.“

DIRK BARNARD, GESCHÄFTSFÜHRER PERSONAL VODAFONE DEUTSCHLAND



4.

AKZEPTANZ VON REGENBOGEN- UND PFLEGEFAMILIEN

Wer oder was ist Familie? Zu dieser recht einfachen Frage einen Konsens in der Gesellschaft zu finden, gestaltet sich oft schwieriger als erwartet.

„Vater, Mutter, Kind“ – ist auch im Jahr 2011 die häufigste Antwort auf diese Frage, nicht nur auf der Straße. Doch auch Schwule und Lesben mit Kindern reklamieren diesen Begriff für sich und kämpfen dabei nicht selten gegen gesellschaftliche Ignoranz und staatliche Benachteiligung, wenngleich vieles erreicht wurde.

Anlass für das BÜNDNIS GEGEN HOMOPHOBIE der Berliner Öffentlichkeit während des Bündnistreffens am 10.11.2011 einen aktuellen Überblick über die rechtliche Lage und Beispiele aus dem Alltag zu geben.



4.1.

REGENBOGEN- UND PFLEGEFAMILIEN IM GESELLSCHAFT- LICHEN UND RECHT- LICHEN RAHMEN

BARBARA KÖNIG, GESCHÄFTSFÜHRERIN ZUKUNFTSFORM FAMILIE E.V.

VORTRAG VOM 10.11.2011

**SEHR GEEHRTER HERR REGIERENDER BÜRGERMEISTER,
SEHR GEEHRTE FRAU HUPPERTZ,
SEHR GEEHRTER HERREN STEINERT UND HÖPFNER,
LIEBE MITGLIEDER DES BÜNDNISSES GEGEN HOMOPHOBIE,**

ich bin heute als Geschäftsführerin eines Familienverbandes eingeladen worden, um etwas zur Situation der Regenbogenfamilien in Deutschland und in Berlin zu sagen. Ich wurde vom LSVD als Geschäftsstelle des Bündnisses eingeladen. Das macht Sinn. Selten, fast nie werde ich von anderen Familienverbänden, von diversen Beiräten und Arbeitsgruppen für Familienpolitik oder gar vom Bundesfamilienministerium zu diesem Thema befragt. Das ist schade. Und: es macht KEINEN Sinn.

Denn Regenbogenfamilien gehören heute zu den Familien dazu. Aber nur wenige wissen das. Es herrscht viel Ignoranz, viel Unverständnis, auch Ablehnung. Aber eben auch viel Unkenntnis. Dagegen können wir alle gemeinsam etwas tun und ich beginne damit, und berichte Ihnen über Regenbogenfamilien und deren Herausforderungen.

I. FAMILIENBEGRIFF

In Deutschland wachsen knapp 70 % Prozent aller Kinder in Ehen auf. Vor 20 Jahren waren es noch 85 %. In Berlin sind es nur 50 %. Sie sehen, Familie verändert sich. Die verbleibenden 30 % teilen sich auf verschiedene Familienformen auf: Patchwork, Alleinerziehende und eben auch Regenbogenfamilien. Wir können nur schätzen, wie viele Regenbogenfamilien es tatsächlich in Deutschland oder Berlin gibt. Aber sicher ist: die Zahl steigt.

Für meinen Verband, das Zukunftsforum Familie, ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.

Das ist ein sehr weiter Familienbegriff, der sich aber langsam immer mehr durchsetzt. Sie finden ihn auch im aktuellen Familienbericht des Landes Berlin, Sie finden ihn bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, Sie finden ihn bei der SPD – und ja sogar bei der Berliner CDU, wie ich bei der Vorbereitung zum heutigen Tage herausfand.



Verantwortung, Sorge, Zuwendung – diese Werte sind nicht an die sexuelle Orientierung geknüpft. Das ergab auch die 2009 von der ehemaligen Bundesjustizministerin Brigitte Zypries in Auftrag gegebene Studie „Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften“. Das Bayerische Staatsinstitut für Frühpädagogik in Bamberg hat sie durchgeführt. Danach ist das Klima in Regenbogenfamilien sehr positiv: Väter und Mütter haben eine gute Beziehung zu ihren Kindern, die sich durch Fürsorglichkeit und Zugewandtheit auszeichnet. Den Kindern geht es gut, es sind keinerlei Nachteile in ihrer Entwicklung feststellbar.

Auch zwei Jahre nach dieser Studie sind jedoch eine Reihe von Benachteiligungen zu beklagen.

II. BENACHTEILIGUNGEN

Ich will im Folgenden drei Bereiche benennen: Rechtspolitik, Steuerpolitik, Bildungspolitik.

1. RECHTSPOLITIK

Hier gehe ich wiederrum auf zwei Aspekte ein, die unmittelbar mit der Gründung einer Regenbogenfamilie zusammenhängen und daher vermutlich auch die beiden wichtigsten Punkte überhaupt sind.

a) Adoption

Die Stiefkindadoption leiblicher Kinder ist in Deutschland erlaubt. Bringt also in eine homosexuelle Partnerschaft einer der beiden Partner ein leibliches Kind aus einer vorangegangenen Beziehung mit oder wird ein Kind in diese Beziehung neu geboren, kann der / die andere Partner/in das Kind adoptieren. Die gemeinsame Adoption eines fremden Kindes ist dagegen für schwul-lesbische Paare verboten. Nur einer der Partner kann ein Kind adoptieren, der andere hat nur die Möglichkeit, ein eingeschränktes, so genanntes „kleine Sorgerecht“ zu beantragen.

Das muss sich natürlich ändern! Was zum Beispiel in den Niederlanden, Norwegen, Schweden, Spanien oder Großbritannien möglich ist, muss doch auch in Deutschland möglich sein...

Die damalige Bundesjustizministerin Zypries hatte übrigens als Konsequenz aus der zitierten Studie gefordert, die gemeinsame Adoption von schwul-lesbischen Paaren zu erlauben. Leider kam eine Bundestagswahl dazwischen und Frau Zypries war ihren Job los. Aber: auch Frau Leutheusser-Schnarrenberger hält an dem Vorhaben fest. Ich fürchte nur, ihre Partei stellt gegenwärtig keine allzu große Hausmacht in der schwarz-gelben Koalition dar

An dieser Stelle will ich ausdrücklich das Land Berlin loben, das u.a. die gemeinschaftliche Adoption in einer Bundesratsinitiative – neben anderen Gleichstellungen für Regenbogenfamilien – fordert.

b) Künstliche Befruchtung

In Deutschland ist künstliche Befruchtung nur für – heterosexuelle – Ehepaare möglich. Hier gibt es also eine doppelte Benachteiligung: gegenüber heterosexuellen und homosexuellen Paaren mit Kinderwunsch.

Gleiches gilt für den Zugang zu Samenspenden. Immerhin können die Samenbanken selbst entscheiden, ob sie an lesbische Frauen Samen abgeben wollen. Die Richtlinien der Bundesärztekammer erlauben die Behandlung lesbischer Frauen nicht. Das ist jedoch Standesrecht, und ein Arzt der lesbischen Frauen hilft, macht sich nicht strafbar. Die Landesärztekammern Hamburg und auch Berlin erlauben sogar ausdrücklich die „assistierte Reproduktion“ bei lesbischen Frauen.

Die Forderung muss aber natürlich lauten, dass homosexuelle Paare Zugang zu künstlicher Befruchtung haben sollten – und im Übrigen, dass in diesen Fällen auch die Krankenkassen die Teilkosten (50 % bei maximal drei Versuchen) übernehmen.

2. STEUERPOLITIK

Selbst bei eingetragener Lebenspartnerschaft können Regenbogenfamilien nicht die steuerlichen Vorteile nutzen, die Ehepaare nutzen können. Vor allem sind hier das Ehegattensplitting bei der Zusammenveranlagung und die Wahl der Steuerklassen zu nennen.

Allerdings: diesen Nachteil teilen sich die Regenbogenfamilien mit allen nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften. Ein Relikt aus längst vergangenen Tagen... Ehepaare erhalten unabhängig von Kindern einen Steuervorteil, nicht verheiratete Paare mit Kindern wird das vorenthalten. Meine Meinung ist da ganz klar: das Ehegattensplitting muss weg, wir fordern eine Individualsteuer mit übertragbarem Grundfreibetrag. Für die Existenzsicherung der Kinder fordern wir eine allgemeine Kindergrundsicherung. Beides nützt selbstverständlich auch Regenbogenfamilien.

3. BILDUNGSPOLITIK

Die viel zitierte Bamberger Studie sagt, dass ein Drittel der schwul-lesbischen Eltern von Unsicherheit der Erzieherinnen, Lehrer oder Sozialarbeiter berichten. In jeder 6. Kita oder Schule sind Regenbogenfamilien einfach kein Thema. Ähnliches ergibt auch eine ganz aktuelle Studie in Köln aus diesem Jahr sowie unsere Erfahrungen von Einrichtungen der AWO.

Eine Forderung wäre daher, dass das „Phänomen“ Regenbogenfamilien überhaupt Einzug in Bildungseinrichtungen hält, dass das Personal sich damit auseinandersetzt. Frau Körner wird dazu später noch mehr berichten.



III. AUSBLICK

Zum Schluss habe ich noch ein Lob und zwei konkrete Wünsche an die Berliner Landespolitik.

Zuerst die Wünsche...

Ich wünsche mir erstens, dass im rot-schwarzen Koalitionsvertrag das Wort „Regenbogenfamilien“ zu finden sein wird. Zum Beispiel könnten die Regenbogenfamilien bei den neuen 200 Familienzentren, die ja in allen Bezirken gebildet werden sollen, in die Konzeption eingebunden werden.

Zweitens wünsche ich mir, dass die erfolgreiche Arbeit des Berliner Beirats für Familienfragen fortgesetzt wird. Und dass dann dort auch Regenbogenfamilien eine Rolle spielen werden, sowohl bei der Zusammensetzung des Beirats – der LSVD hat ja genügend Experten... , – als auch im neuen Bericht.

Mein Lob ist schließlich die Überleitung zu Constanze Körner: Die erfolgreiche Arbeit des Projekts Regenbogenfamilien beim LSVD Berlin ist nur möglich durch die Förderung des Landes Berlin. Dafür mein herzlicher Dank an den Senat. Ich hoffe sehr, dass diese Förderung gut und großzügig fortgesetzt wird.

Wir müssen mehr über Regenbogenfamilien sprechen, sie anerkennen, teilhaben lassen. Auch das ist ein aktiver Beitrag gegen Homophobie.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

4.2.

REGENBOGEN- FAMILIEN IN DER PRAXIS

**CONSTANCE KÖRNER, LEITERIN DER REGENBOGENFAMILIEN BEIM
LSVD BERLIN-BRANDENBURG E.V**

VORTRAG VOM 10.11.2011

Mein Name ist Constanze Körner. Seit 2005 bin ich verantwortlich für das Projekt Regenbogenfamilien beim LSVD Berlin-Brandenburg. Von der Entwicklung des Projektes und den Arbeitsschwerpunkten möchte ich gerne berichten, um die Errungenschaften zu würdigen, aber natürlich müssen auch Kritikpunkte benannt werden.

Der LSVD Berlin-Brandenburg e.V. und das Projekt Regenbogenfamilien in Berlin
Im kommenden Jahr feiert der LSVD Berlin-Brandenburg sein 20-jähriges Bestehen, im Jahr 1999 – also vor 12 Jahren - wurde deutschlandweit aus dem SVD der LSVD. Die Lesben engagierten sich von da an gemeinsam mit den Schwulen um ihre gesellschaftliche Anerkennung und politische Gleichstellung. Das war auch der Zeitpunkt, als das Thema Kinder in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften auf die Agenda kam. Insbesondere Lesben und Schwule mit Kindern aus vorangegangenen heterosexuellen Beziehungen brauchten Beratung und Vernetzung. Bundesweit gründeten sich nach 2000 die ersten ILSE-Gruppen – die Initiativen lesbischer und schwuler Eltern. Im Oktober 2002 fand das erste ILSE-Treffen beim Berliner LSVD statt begleitet von ersten Beratungsangeboten. Danach entstanden regelmäßige Angebote wie Gruppen für Lesben und Schwule mit Kinderwunsch, Krabbelgruppen, Angebote für nichtleibliche Eltern, für Kinder und die ganze Familie. Fachtage finden seither statt, Fortbildungsangebote für pädagogisches Personal und Multiplikatoren und Multiplikatorinnen in der Erziehungsberatung und Verwaltung.

Seit 2006 ist das Projekt Regenbogenfamilien durch die Senatsverwaltung in der Förderung berücksichtigt, so dass eine kontinuierliche Arbeit gewährleistet ist.



RECHTLICHE MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN

Wesentlich für die schwul-lesbische Emanzipationsgeschichte war 2001 die Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft. Rechtliche Absicherungen für die Partner führten zu einem größeren Selbstbewusstsein der Homosexuellen und einer höheren gesellschaftlichen Anerkennung. Während ein Leben als Lesbe oder Schwuler bis dahin meist mit Kinderlosigkeit verbunden war bzw. die Kinder in Regenbogenfamilien bis dahin zum größten Teil aus vorangegangenen heterosexuellen Familien stammten, trauten sich Lesben und Schwule endlich alleine oder in ihren Partnerschaften gemeinsam Kinder zu planen. Seit 2005 die Stiefkindadoption in eingetragenen Lebenspartnerschaften möglich gemacht wurde, setzte quasi ein „Babyboom“ in der schwul-lesbischen Community ein. Diese rechtlichen Verbindlichkeiten werden von den gleichgeschlechtlichen Eltern genutzt. Gleichzeitig wird deutlich, wie eingeschränkt und obendrein diskriminierend die Ungleichbehandlungen von Ehen gegenüber eingetragenen Lebenspartnerschaften und ihren Kindern sind.

Es ist absurd, dass sich Paare, die gemeinsam ein Kind geplant haben, vom Jugendamt und Familiengericht überprüft werden müssen, ob der annehmende nichtleibliche Elternteil als solches geeignet ist das Sorgerecht zu übernehmen. Außerdem macht das Familienrecht mit der Beschränkung auf zwei rechtliche Elternteile deutlich, wie weit die Gesetzgebung von der Realität von diesen Familien entfernt ist. Wenn mehrere Erwachsene Verantwortung für ihre Kinder übernehmen wollen, so ist diese Beschränkung nicht nur ein Problem von Regenbogenfamilien mit mehr als zwei Elternteilen, es betrifft auch die große Masse der Patchworkfamilien.

Kinder, die von einem schwulen Paar oder einem lesbischen Paar adoptiert werden, dürfen juristisch nur ein Elternteil haben. Das ist nicht nur diskriminierend für die Eltern sondern widerspricht hochgradig dem Kindeswohl.

Alle Regenbogenfamilien spüren vor allem im Steuerrecht ihre Benachteiligung, da die günstige Besteuerung in Deutschland nicht von Familie und Kindern abhängt sondern allein mit dem Institut Ehe verbunden ist. Eingetragene Lebenspartnerschaften werden wie Single besteuert egal ob dort Kinder leben oder nicht. Darum zur Verdeutlichung das aktualisierte Beispiel aus der Broschüre „Familie ist, wo Kinder sind!“:

Claudia und Susanne leben in Eingetragener Lebenspartnerschaft. Claudia ist erwerbstätig und Susanne betreut das gemeinsame Kind. Claudia verdiente 2010 brutto 36.000,- Euro, also 3.000,- Euro im Monat.

Claudia zahlt im Jahr 2010 6.732,- Euro Lohnsteuern.

Wäre Claudia nicht Claudia sondern Klaus, dann betrüge die Lohnsteuer nur 3.242,- Euro. Obwohl Claudia gegenüber Susanne und dem Kind dieselben Unterhaltsverpflichtungen hat wie ein Ehemann gegenüber seiner Ehefrau und seinem Kind, zahlt sie im Jahr 3.490,00 Euro mehr Lohnsteuer und Solidaritätszuschlag, als ein Ehemann.

Das sind monatlich fast 300,- Euro, die der Familie fehlen für Kleidung, Nachhilfeunterricht, Klassenfahrten, Weihnachtsgeschenke, usw.

ÖFFENTLICHE WAHRNEHMUNG

Zwei Kampagnen des Projektes Regenbogenfamilien der letzten Jahre sollen dargestellt werden:

Im Jahr 2007 startete die Kampagne „Familie ist, wo Kinder sind!“ mit Plakaten, Flyern und Broschüren, die in Berlin und darüber hinaus bis heute eine Marke ist. Regenbogenfamilien sollten angesprochen werden selbstbewusst ihr Leben als Familie zu gestalten und gesellschaftlich sollten Anerkennung, Respekt und der gleichwertige Umgang befördert werden. Beides ist geling bis heute immer ein bisschen mehr.

Im Jahr 2010 wurde zusammen mit freien Trägern der Pflegekinderdienste eine weitere Kampagne entwickelt, die im Fokus hat Lesben und Schwule als Pflegeeltern zu gewinnen und für deren gesellschaftliche Anerkennung zu werben. „Kinder brauchen ein Zuhause! Sei Pflegefamilie!“ Diese Kampagne hat ein großes Interesse hervorgerufen und erstmals als berlinweite Werbung für Pflegefamilien gewirkt. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit hat diese Kampagne mit einem Grußwort maßgeblich unterstützt. Dieser Prozess hält an und braucht eine weitere Entwicklung.

WAS REGENBOGENFAMILIEN IN BERLIN BRAUCHEN

In diesem Jahr veröffentlichte der Berliner Beirat für Familien den sogenannten Familienbericht. Berlin hat alles zu bieten an Vielfalt und den dazugehörigen Möglichkeiten, Grenzen und Problemen. Doch der Berliner Familienbericht ignoriert, dass es mehr gibt als Ehepaare, Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende. Pflegefamilien, Regenbogenfamilien, Patchworkfamilien und andere Formen des verantwortungsvollen Zusammenlebens werden ignoriert. Ignorieren ist auch eine Form von Homophobie, wenn Menschen in ihren Lebenswirklichkeiten nicht dargestellt werden und sich im Spiegel der Gesellschaft nicht wiederfinden.

Immer wieder berichten Regenbogenfamilien, dass sie sich nicht anerkannt und diskriminiert fühlen indem ihnen der Zugang zu Dienstleistungen verwehrt wird oder sie sich mit Fragen konfrontiert sehen, die im Zusammenhang mit der Zeugung und Erziehung ihres Kindes stehen. Die Stadt Berlin hat dafür Sorge zu tragen, dass alle Menschen respektvoll behandelt werden und Ausgrenzung und Benachteiligung keinen Platz haben. Das gilt auch für Regenbogenfamilien. Aus diesem Grund muss es ein umfangreiches Programm für Aus- und Weiterbildungen von Multiplikatoren sowie Sensibilisierungsarbeit geben. Die Zahl der Regenbogenfamilien wächst stetig. Das Projekt Regenbogenfamilien in Berlin hat durch die konzentrierte Arbeit mit und für Regenbogenfamilien die einzigartige Kompetenz genau deren Wünsche und Bedürfnisse zu kennen und mit entsprechenden Expertisen in die politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten zu wirken. Daran wollen und werden wir weiter arbeiten.

AUSDRU

MENSCH

SEXUALI

CK LICHER TÄT

Im Sommer 1991 erklärte die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg aus Anlass gewalttätiger Angriffe auf das Frühlingsfest von Lesben und Schwulen im Gründerzeitmuseum von Charlotte von Mahlsdorf: „Homosexualität ist – wie wir heute wissen – weder sündhaft noch krankhaft, sondern eine anderer Ausdruck menschlicher Sexualität. Die Ausgrenzung homosexuell geprägter Menschen hat in unserer Gesellschaft eine lange, leidvolle Vorgeschichte. Wir bedauern, dass daran auch die christliche Kirche eine erhebliche Mitschuld trägt. Wir appellieren an die Menschen in unserem Land, Toleranz gegenüber den homosexuellen Mitbürgern zu üben und ihnen Furcht vor Verunglimpfung zu nehmen, damit sie ihre geschlechtliche Prägung nicht verleugnen müssen.“ Die Landessynode hat sich diese Erklärung in der Folge zu Eigen gemacht und es ist uns seither ein Anliegen, gegen Homophobie einzutreten und sie auch in den eigenen Reihen zu überwinden.

**CARSTEN BOLZ,
SUPERINTENDENT DER EVANGELISCHEN KIRCHE BERLIN-CHARLOTTENBURG**



5

5.

RESPEKTPREIS

Courage verdient Respekt. Aus diesem Grund verleiht das Bündnis gegen Homophobie seit 2010 einen RESPEKT PREIS. Diese Auszeichnung ist eine Ehrung für Berliner Organisationen, Institutionen, Unternehmen oder Einzelpersonen, die sich in herausragender Weise gegen Homophobie engagiert haben oder die Initiativen zur Förderung und Nutzung der Vielfalt sexueller Orientierungen vorbildlich umsetzen.

Der RESPEKTPREIS wird nach jährlich wechselnden Schwerpunktthemen verliehen und stand im Jahr 2011 dem Bündnis-Schwerpunktthema entsprechend unter dem Motto „Akzeptanz für Regenbogen- und Pflegefamilien“.



NOMINIERUNGEN

SOS KINDERDORF - FAMILIENZENTRUM, HELLERSDORF

In die Erziehungs- und Familienberatung des SOS-Familienzentrums Berlin können Kinder, Jugendliche, Eltern und Großeltern oder auch ganze Familien kommen, wenn sie Probleme mit sich oder anderen haben. Ob „große“ oder „kleine“ Probleme – wichtig ist der Wunsch, dass sich etwas ändern soll. Lösungsansätze werden gemeinsam entwickelt.

Seit mehr als sechs Jahren nimmt das Thema „Vielfalt“ dabei einen zentralen Platz in den Beratungsangeboten des Familienzentrums ein. Gerade in dem oftmals als problematisch geltenden Stadtgebiet Hellersdorf bietet die Einrichtung auch homosexuellen Paaren mit und ohne Kindern umfassende Beratungsangebote, unterstützt und entwickelt Themen zur Gleichbehandlung und zeigt durch einen offensiven Umgang auch in einem kritischen Umfeld offen Flagge für Regenbogenfamilien und homosexuelle Pflegefamilien.

Auch auf schwullesbischen Veranstaltungen wie dem Schöneberger Straßenfest wirbt das SOS Kinderdorf in Hellersdorf beim homosexuellen Zielpublikum für gesellschaftliche Verantwortung im Rahmen von Familien.

Das SOS Familienzentrum ist nicht nur Träger eines erfrischend neuen Familienbegriffs in der heterosexuellen Mehrheitsgesellschaft, sondern ist mit seinen Angeboten selbst Akteur für Respekt und Gleichbehandlung von Regenbogenfamilien.

SOS-Familienzentrum Berlin
Alte Hellersdorfer Straße 77
12629 Berlin

FAMILIENPLANUNGSZENTRUM „BALANCE“, LICHTENBERG

Das Familienplanungszentrum ist eine Einrichtung, in der sowohl Beratung als auch medizinische Hilfe angeboten wird. Die Beratung beinhaltet die Sexualpädagogik, die psychologische Beratung zur Familienplanung, Sexualität und Partnerschaft. Mit dem Konzept der integrativen Beratung und Versorgung im Bereich von Familienplanung und Sexualität ist das Familienplanungszentrum derzeit einzigartig in ganz Berlin.

Im Mittelpunkt der Bemühungen stehen die Ratsuchenden, denen mit Respekt und Wertschätzung begegnet wird. Das Familienplanungszentrum greift zudem familienpolitisch kritische Themen auf und setzt mit seiner offenen Haltung Akzente für Lesben und Schwule mit Kinderwunsch.

Speziell zu diesem Thema bietet das Zentrum Fachtagungen zu Rechten homosexueller Eltern, sexueller Selbstbestimmung und der Verwirklichung von Kinderwünschen.

Trotz lokaler Bestimmung in Berlin-Lichtenberg setzt das Familienzentrum durch die Behandlung des Themas als Menschenrecht Akzente in ganz Berlin und wurde dadurch zu einer wichtigen Anlaufstelle für Homosexuelle mit dem Wunsch nach Familie und Verantwortung in ganz Berlin.

Familienplanungszentrum - BALANCE
Mauritiuskirchstraße 3
10365 Berlin - Lichtenberg

PFLEGEKINDER IM KIEZ, FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

Im Mittelpunkt der „Pflegekinder im Kiez“ steht die Wertschätzung gegen-über Pflegekindern und ihren Familien. Zu ihnen zählen auch zahlreiche Familien mit lesbischen Müttern und schwulen Vätern. Die Individualität des Menschen wird besonders respektiert, die konkrete Interessenlage und Zielsetzung der Kinder und deren Familien bildet die Grundlage des angebotenen Hilfeprozesses. „PiK“ wirbt unter hetero- wie homosexuelle Interessenten gleichermaßen für die herausfordernde, sinnvolle, erfüllende Aufgabe der Gründung von Pflegefamilien.

Die gemeinnützige Gesellschaft unterstützte dabei maßgeblich die berlinweite Kampagne „Kinder brauchen ein zu Hause. Sei Pflegefamilie!“, in der das Motiv einer homosexuellen Familie in den Mittelpunkt gestellt wurde. Nicht zuletzt durch diese Aktion konnten zahlreiche neue Pflegeeltern in Berlin gewonnen werden.

Die Organisation macht durch die tägliche Arbeit auch gegenüber der heterosexuellen Mehrheitsgesellschaft deutlich, dass auch Lesben und Schwule geeignete Pflegeeltern sind.

PiK Pflegekinder im Kiez gGmbH
Dieffenbachstrasse 56
10967 Berlin

In einem nicht-öffentlichen Teil des Bündnistreffens vom 10.11.2011 entschieden sich die Mitglieder des Bündnisses mit einfacher Mehrheit für die Pflegekinder im Kiez gGmbH (PiK). Der Preis wird feierlich im Januar überreicht werden.

MENS

CHEEN

"Vorurteile gegenüber homosexuellen Menschen sind in unserer Gesellschaft leider immer noch verbreitet. Gewalttätige Angriffe auf Schwule und Lesben sind keine Seltenheit. Die Jüdische Gemeinde zu Berlin engagiert sich im 'Bündnis gegen Homophobie', um zu erreichen, dass Homosexuelle als das akzeptiert werden, was sie sind, nämlich als Menschen!"

LALA SÜSSKIND, VORSITZENDE DER JÜDISCHEN GEMEINDE ZU BERLIN



Bündnis gegen
Homophobie



6. DAS BÜNDNIS

Das Bündnis informiert regelmäßig auf seiner Webseite www.stopp-homophobie.de über Aktivitäten und Mitglieder.

Der Facebook-Auftritt des Bündnisses www.facebook.com/Homophobie informiert täglich über neue Themen relevante Aktionen.



AUFRUF DES BÜNDNISSES GEGEN HOMOPHOBIE:

ANERKENNUNG UND RESPEKT FÜR GLEICHGESCHLECHTLICHE LEBENSWEISEN

Anerkennung und Respekt für gleichgeschlechtliche Lebensweisen Homophobie ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Sie zu bekämpfen, ist die Pflicht der ganzen Gesellschaft. Die Unterzeichner dieses Aufrufes sind sich einig, dass Homophobie nicht tatenlos hingegenommen werden darf. Wir wollen der verbreiteten Homosexuellenfeindlichkeit gemeinsam entgegentreten. Deswegen haben wir uns im „Berliner Bündnis gegen Homophobie“ zusammengeschlossen.

Homophobie ist eine soziale, gegen nicht-heterosexuelle Menschen gerichtete Feindseligkeit. Es handelt sich um eine irrationale, sachlich nicht begründete, Aversion gegenüber homosexuellen, bisexuellen und transidenten Menschen und ihren Lebensweisen. Homophobie hat viele Facetten und Ausdrucksformen: Diskriminierung, Ausgrenzung und Benachteiligung, Beleidigung, Mobbing, Körperverletzung und Sachbeschädigung, Verschwörungstheorien, Hassparolen und Hetzartikel.

Die Unterzeichner sind zutiefst beunruhigt über den hohen Verbreitungsgrad homosexuellenfeindlicher Einstellungen. Besonders besorgniserregend ist es, dass Homophobie auch unter jungen Menschen weit verbreitet ist. Auf Schulhöfen gehört „schwule Sau“ heute wieder zu den meistbenutzten Schimpfwörtern.

Homophobie senkt die Schwelle zur Gewaltanwendung. Beleidigungen, Pöbeleien und gewalttätige Übergriffe gehören auch heute noch zu den Alltagserfahrungen vieler Homosexueller. Von einem hohen antihomosexuellen Gewaltpotential zeugt auch, dass das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen ein Jahr nach seiner Einweihung bereits drei Mal beschädigt wurde.

Homophobie geht uns alle an. Denn Homophobie ist ein Angriff auf die Grundwerte unserer Gesellschaft. Die Berliner Verfassung gebietet, dass kein Mensch aufgrund seiner sexuellen Identität benachteiligt werden darf – ebenso, wie sie die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Abstammung, der Rasse, der Sprache, der Heimat und der Herkunft, des Glaubens und der religiösen oder politischen Anschauungen verbietet. Wir wollen, dass die Verfassungswirklichkeit für Homosexuelle in Berlin auch zur Lebensrealität wird. Bei der Freiheit des Einzelnen und dem Recht auf sexuelle Selbstbestimmung dürfen in einer demokratischen Gesellschaft keine Abstriche gemacht werden.

Wir, die Unterzeichner dieses Aufrufes, verpflichten uns, im Alltag jeglicher Form von Diskriminierung entgegenzutreten. Wir engagieren uns für Anerkennung und Respekt gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender. Unser Ziel ist ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Homophobie, das Hass und Intoleranz offensiv entgentritt und die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen fördert.

Das Bündnis gegen Homophobie wurde im Herbst 2009 vom Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg initiiert. Es wird im Auftrag der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen - Landesantidiskriminierungsstelle - im Rahmen der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt!“ vom Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg koordiniert.



7.

IMPRESSUM

Bündnis gegen Homophobie

Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD)

Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.

Kleiststraße 35, 10787 Berlin (Bezirk Tempelhof-Schöneberg)

Telefon: +49 (0) 30 - 22 50 22 15

Telefax: +49 (0) 30 - 22 50 22 21

E-Mail: stopp-homophobie@lsvd.de

Internet: www.buendnis-gegen-homophobie.de

Gestaltung: Ralf Rühmeier



Bündnis gegen
Homophobie

„ICH BIN SCHWUL. UND BERLIN STEHT HINTER MIR!“

Berliner Unternehmen und Organisationen unterstützen das Bündnis gegen Homophobie.
Für die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen.

www.stopp-homophobie.de

DIE MITGLIEDER DES BÜNDNISSES GEGEN HOMOPHOBIE:

AKADEMIE DER KÜNSTE
AOK NORDOST
BERLINER FUSSBALL-VERBAND E.V.
BERLINER BANK
BBK
DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN
BERLINER STADTREINIGUNGSBETRIEBE (BSR)
BERLIN TOURISMUS MARKETING GMBH / VISIT BERLIN
BERLINER VERKEHRSBETRIEBE
COCA-COLA ERFRISCHUNGSGETRÄNKE AG UND COCA-COLA GMBH
DEUTSCHE BANK BERLIN
DEUTSCHE OPER BERLIN
DEUTSCHER FUSSBALL-BUND E.V. (DFB)
DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND BERLIN-BRANDENBURG (DGB)
DEUTSCHES ROTES KREUZ BERLIN
FRIEDRICHSTADTPALAST
HERTHA BSC BERLIN
HOWOGE WOHNUNGSBAUGESELLSCHAFT MBH
HUMANISTISCHER VERBAND DEUTSCHLANDS (HVD)
INTERNATIONALE FILMFESTSPIELE BERLIN / BERLINALE
JÜDISCHE GEMEINDE ZU BERLIN
KAISER ´S TENGELMANN
LANDESSPORTBUND BERLIN
LANDESVERBAND DEUTSCHER SINTI UND ROMA BERLIN-BRANDENBURG E.V.
PFIZER DEUTSCHLAND
SAP AG
STIFTUNG BRANDENBURGISCHE GEDENKSTÄTTEN
STIFTUNG DENKMAL FÜR DIE ERMORDETEN JUDEN EUROPAS
TENNIS BORUSSIA BERLIN E.V. (TEBE)
TERRE DES FEMMES
MENSCHENRECHTE FÜR DIE FRAU E.V.
THEATER AN DER PARKAUE
TÜRKISCHER BUND IN BERLIN-BRANDENBURG (TBB)
TÜRKIYEMSPOR BERLIN 1978 E.V.
VEREIN IRANISCHER FLÜCHTLINGE E.V.
VODAFONE
WALL AG
ZENTRALRAT DEUTSCHER SINTI UND ROMA
1EDU